

## Angst essen Seele auf

Nach den vielen einzelnen sozialen Abbaumassnahmen der vergangenen Jahre will die neoliberale Mehrheit in Regierungs- und Grosse Rat mit dem neuen „Sparpaket“ voll durchstarten. An den Kragen soll es den Armen, Schwachen und Kranken gehen, den Jungen und den Alten, von der Schule bis zur Pflege. An den Kragen - nicht bloss ans Portemonnaie! Die Rechte gibt den Ton an, die Mitte erweist sich ein weiteres Mal als Phantom. Und die parlamentarische Linke? Sie redet und jammert und vertröstet auf die kommenden Wahlen.

Was die Rechte hier vorantreibt ist ein zynisches Projekt der Diskriminierung, Ausgrenzung und gesellschaftlichen Entsolidarisierung zur „Entlastung“ der Unternehmen und Besitzenden. Und die grosse Schar der rechts Wählenden reagiert darauf so, wie sie es nicht anders gelernt hat: mit Abgrenzung, Konkurrenz und Ressentiments jenen gegenüber, die am stärksten von den sozialen Abbaumassnahmen betroffen sind.

Der Angriff auf die Armen, Schwachen und Kranken droht jedoch auch auf diejenigen durchzuschlagen, die in starken rechten Armen Zuflucht suchen. Diese Angst ist nicht totzuschweigen, sie kann bloss verdrängt werden. Angst vernebelt aber nicht nur den klaren Blick und den kritischen Verstand - Angst essen auch Seele auf, wie Rainer Werner Fassbinder schon vor längerer Zeit wusste und darstellte: die Seele von Gemeinsinn, Würde und Solidarität.

Und postwendend stehen wieder die gleichen Einpeitscher der Rechten auf der Türschwelle und verkaufen den Verängstigten ihre regressiven Muntermacher: noch mehr Strampeln gegen unten und rundum, noch mehr Ausgrenzung und Distanzierung von allen, die nicht dazu gehören sollen. Und damit schliesst sich der Kreis von unterwerfen und sich unterwerfen und unterwerfen.

DAS RECHT  
WOFÜR WIR STEHEN -  
AUF BILDUNG  
AUCH NACH  
, SOZIALE  
DEN WAHLEN  
SICHERHEIT  
! GROSSRATSWAHLEN  
UND EINE  
PDABERN.CH 25. MÄRZ 2018  
BLEIBE.  
POPBIENNE.CH KANTON  
PDA PARTEI  
BERN  
DER ARBEIT

Angst frisst nicht nur das Vertrauen in andere weg, sondern auch das Vertrauen in die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, in die Selbstwirksamkeit. Und diese Angst, die breite gesellschaftliche Kreise erfasst hat, lässt sich nicht weg reden - sie lässt sich auch nicht einfach durch einen Stimmzettel für wen auch immer bannen.

Die bleierne Zeit wird erst dann durchbrochen werden können, wenn sich Menschen solidarisch selbst ermächtigen, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen und an allen Fronten gegen Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung vorzugehen. Wir sind alle Schwache. Bis wir gemeinsam handeln. Und mit unserem Handeln definieren, was soziale Sicherheit bedeutet. Was es heisst, frei von Angst zu leben.

## **Missstände im Einbürgerungs- verfahren**

**Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+  
(Daniel Egloff, PdA): Missstände im  
Einbürgerungsverfahren beheben!**

**Wortmeldung von Zora Schneider (PdA) an der  
Stadtratsitzung in Bern vom 3. März 2018.**

Die Motion meines Vorgängers will die Wartedauer für eine Einbürgerung in der Stadt Bern auf sechs Monate verkürzen. Es gibt dafür gute Gründe:

Wie eine vom Nationalfonds unterstützte Studie der Universitäten Zürich, Stanford und Mannheim zeigt, darf die Einbürgerung nicht als Auszeichnung für eine gelungene Integration betrachtet werden, sondern es ist genau umgekehrt. Je weniger lange die Einbürgerungswilligen in Unsicherheit warten müssen, desto schneller integrieren sie sich.

Das führt zu weniger Kosten für die Allgemeinheit, weil die Betroffenen weniger stigmatisiert sind und dadurch mehr Hoffnung und Tatkraft haben. Im Prinzip könnte man den Inhalt dieser Motion also als Sparmassnahme bezeichnen. Diesmal zu Gunsten aller Beteiligten.

Für die Einbürgerungswilligen stellt ein schnelles Einbürgerungsverfahren eine Erleichterung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche dar. Sie lesen mehr Schweizerische Zeitungen, sind häufiger in Vereinen aktiv und nehmen ihre demokratische Verantwortung wahr.

Gerade bei der schweizweiten gesetzlich verankerten Hilfe für Diskriminierungsbedroffene und der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist die Schweiz sehr stark im Hintertreffen gegenüber anderen europäischen Ländern. Auch deshalb ist es besonders wichtig, dass sich die Wartezeiten bei der Einbürgerung verkürzen.

Die Einbürgerungswilligen haben schon jahrelanges Warten hinter sich, ihre Papiere sind in Ordnung. Es ist ungerechtfertigt, ihnen eine erneute jahrelange Wartezeit aufzuerlegen.

Auch aus rechtsstaatlichen Gründen sollten wir diesen Missstand beheben: In der Kantonsverfassung ist verankert, dass Gesuche innerhalb angemessener Frist bearbeitet und erstinstanzlich entschieden werden sollten. Der Rückstand führt zu langen Wartezeiten von bis zu zwei Jahren. Das ist nicht mehr angemessen.

In der Antwort des Gemeinderats auf diese Motion von 2016 heisst es, dass die 662 in der Stadt Bern hängigen Gesuche in einem Jahr um 100 Stück reduziert werden konnten und weiter reduziert werden. Man hat die Rückstände also bereits ein bisschen abbauen können. Auf Anfrage sagte man mir beim Polizeiinspektorat, es seien heute noch 291 Gesuche hängig. Es scheint eher langsam voran zu gehen. Zusätzlich zur ordentlichen Gesuchsbearbeitung müssen seit vier Wochen ausserdem vom Bürgerrechtsdienst neue, komplexe Formulare mit sehr hohem Beratungs- und Erläuterungsaufwand ausgefüllt werden. Das ist auf neue kantonale und nationale Gesetzgebung zurückzuführen. Dieser Aufwand belastet und verlangsamt den Bürgerrechtsdienst jetzt zusätzlich.

Angesichts der Anzahl hängiger Gesuche und der damit verbundenen auferzwungenen zermürenden Unsicherheit für die Betroffenen, appelliere ich an euch, die Situation der Betroffenen zu beachten und für diese Motion zu stimmen.

Dabei ist festzuhalten: Der Motion kommt nur der Charakter einer Richtlinie zu. Der Gemeinderat hat viel Freiheit in der Umsetzung. Ich finde es sehr wichtig, dass wir den Beschluss für die Verkürzung der Wartedauer jetzt treffen und danke euch für die Unterstützung!

---

## **Steuergeschenke und Sozialabbau**

**Mit dem «Entlastungspaket 2018» will die Kantonsregierung vor allem bei der Spitex, den Behindertenorganisationen, der Sozialhilfe, dem öffentlichen Verkehr und der Bildung sparen. Wir kennen diese «Sparpakete»: das letzte wurde 2014 von der damals noch mehrheitlich sozialdemokratisch-grünen Regierung geschnürt.**

Dem Kanton fehle das Geld, heisst es. Warum wohl? Ganz einfach, weil schon mehrmals die Steuern der Gutverdienenden «entlastet» wurden. Und jetzt soll die «Steuerlast» der Unternehmen reduziert werden – was die Schweizer Bevölkerung in der Abstimmung vor kurzem doch abgelehnt hat!

Verkauft werden diese Sparmassnahmen dem Volk unter dem Stichwort «Standortförderung». Reiner Zynismus! Oben wird «entlastet» und die Folgen davon erfahren die Pflegebedürftigen, Behinderten, Schüler\_Innen und Menschen in schwierigen finanziellen Verhältnissen. Es ist Zeit, dass die unten sich wehren!

## Wir fordern konkret:

- Die Erhöhung der Gewinnsteuer bei Kapitalgesellschaften.
- Die radikale Erhöhung der Grundstückgewinnsteuer.
- Die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen.
- Die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer.
- Die Harmonisierung der Steuersätze gegen den Steuerwettbewerb.
- Die Vergesellschaftung und somit die demokratische Kontrolle zunächst der Banken und Versicherungskonzerne.
- Die Umverteilung der Grossvermögen.

## Reichtum für Wenige – Armut für Viele

**Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 58,9 Prozent des gesamten Nettovermögens und damit mehr als die übrigen 99 Prozent der Bevölkerung. Nur in Singapur ist der Unterschied zwischen dem obersten Prozent und dem Rest der Bevölkerung noch ausgeprägter als in der Schweiz.**

Laut dem Schweizer Wirtschaftsmagazin «Bilanz» besaßen im 2013 die 300 Reichsten der Schweiz 564 Milliarden Franken, damit hat sich ihr Vermögen in den letzten 25 Jahren mehr als versechsfacht. Und wer reich ist, bleibt reich: Von den 40 Milliarden Franken, die im 2010 vererbt wurden, gingen mehr als die Hälfte an bestehende Millionäre.

Dagegen leben 14,7 Prozent der Kinder in der Schweiz in Armut. 7,7 Prozent (590 000 Personen) der Bevölkerung war im 2012 in der Schweiz von Einkommensarmut betroffen: Die durchschnittliche Armutsgrenze betrug für eine Einzelperson rund 2200 Franken pro Monat und für zwei Erwachsene mit zwei Kindern rund 4050 Franken.

185 800 SeniorInnen beziehen Ergänzungsleistungen. Ihre AHV-Rente und die eventuellen Bezüge aus der Pensionskasse reichen nicht aus, um die minimalen Lebenskosten zu decken. Gemäss Berechnungen von Pro Senectute nimmt diese Zahl stetig zu: Jedes Jahr kommen 5000 zusätzliche Pensionäre dazu, deren Rente nicht existenzsichernd ist.



## **Liberalisierung und Privatisierung**

**Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind kein Zufall. Sie sind Produkte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der freien Marktwirtschaft, die heutzutage mit dem Stichwort Globalisierung vorangetrieben wird. Privatisierungen der öffentlichen Dienste und Liberalisierung sind die politischen Waffen der Unternehmen und Besitzenden, um ihre Profitinteressen durchzusetzen.**

Privatisierungen bedeuten für die Arbeitnehmer\_Innen eine Verschlechterung ihrer Arbeits- und ihrer Lebensbedingungen durch niedrige Löhne, Stress und Stellenabbau.

Der Kündigungsschutz in der Schweiz ist sehr schlecht – ganz im Sinne der Arbeitgeber. Gleichzeitig ist die Temporärarbeit (Leiharbeit) sehr stark ausgeprägt, was zu äusserst prekären Arbeitsbedingungen führt.

Wir lehnen Privatisierungen auf Kosten der Allgemeinheit ab und kämpfen für Selbstbestimmung bei der Arbeit.

---

## **Die Krise und die Machtverschiebung**

**Seit langem entwickelt sich der Kapitalismus hin zu einem Finanzkapitalismus. Diese Entwicklung besteht unter anderem in der Machtverschiebung von den familiären und nationalen Firmenstrukturen hin zu monopolistischen und global tätigen Industrie- und Finanzgruppen. Immer häufiger werden Entscheidungen von Finanzmanagern getroffen, die abgekoppelt vom Produktionsort und dessen gesellschaftlicher und politischer Realität sind.**

Die Finanzkrise von 2007 war eine strukturelle Krise des Systems. Ihre Ursachen lagen nicht in Fehlern oder im Missmanagement einiger skrupellosen Akteure, sondern sind begründet im Wesen des Kapi-

talismus und seiner inneren Widersprüche.

In den letzten Jahren der «Krisenbewältigung» wurden die Massnahmen und Entscheidungen des Grosskapitals und seiner politischen Vertreter alleine zu der Rettung des Kapitalismus getroffen. Die Folgen tragen die Lohnabhängigen, die kleinen Selbständigen, die Erwerbslosen, die Mehrheit der RentnerInnen und viele Jugendliche. So haben sich die Lebens- und Arbeitsverhältnisse vieler Menschen in Europa und auch in der Schweiz entscheidend verändert. Die Menschen, die noch Arbeit haben, stehen unter Druck. Denn heute verarmen selbst Teile der in den letzten Jahrzehnten besser gestellten

Besonders betroffen ist die junge Generation. Vielen geht es – trotz teilweise guter Ausbildung weitaus schlechter als ihren Eltern und Grosseltern, während gleichzeitig der gesellschaftlich produzierte Reichtum immer grösser wird. Die gesellschaftlichen Widersprüche haben sich also verschärft. Auch ein Blick auf die Besitzverhältnisse und die Lohnentwicklung in der Schweiz sind ein Beweis dafür.

Für uns sind diese Widersprüche im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht lösbar. Aber wir wenden uns im Parlament konsequent gegen jegliche Bevorzugung von Privaten auf Kosten der Allgemeinheit und gegen Privatisierungsbestrebungen aller Art.

**Deshalb die PdA-POP in den Grossen Rat wählen! Biel und Seeland - Liste 22  
Stadt Bern - Liste 16**

---

### **Impressum:**

PdA Partei der Arbeit des Kantons Bern  
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern  
[www.pdabern.ch](http://www.pdabern.ch) / [mail@pdabern.ch](mailto:mail@pdabern.ch)  
Kontonummer 30-26786-9